

Bayr: HIV/AIDS- Politik der Regierung kurzsichtig und verantwortungslos =

Wien (SK) - Die Zukunfts- und Kulturwerkstätte veranstaltete am Montag eine Diskussion mit dem Thema "Das Recht auf Gesundheit - HIV/AIDS im Spannungsfeld von Stigmatisierung, Diskriminierung und Menschenrechten". Im Rahmen der Veranstaltung übte die SPÖ-Bereichssprecherin für Entwicklungszusammenarbeit, Petra Bayr, Kritik an der nationalen wie internationalen HIV-Politik der Regierung; diese habe nur ein einziges Mal in den globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS eingezahlt. Im Gegensatz dazu habe Island dreimal soviel investiert, kritisierte Bayr. Ebenso habe es in Österreich seit 2004 keine Kampagnen mehr zur HIV-Prävention gegeben. Dies zeuge von "fehlendem Bewusstsein, sozialer Kälte und einer kurzsichtigen und verantwortungslosen Politik", resümierte die SPÖ-Abgeordnete. ****

Laut den Vereinten Nationen seien weltweit über 40 Millionen Menschen HIV-positiv, zwei Drittel der betroffenen Menschen leben in Afrika, und nur ein Fünftel der HIV-Infizierten habe Zugang zu medizinischer Betreuung. Die Einhaltung des Menschenrechts Gesundheit sei, gerade HIV betreffend, unumgänglich sowohl im Norden als auch im Süden, forderte Bayr. Der Diskussionsabend sei deshalb bewusst zwischen dem 1. Dezember - dem Weltgedenktag für HIV - und dem 10. Dezember - dem Weltgedenktag der Menschenrechte - gelegt worden, um zu unterstreichen, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist, erklärte Bayr. AIDS habe heuer schon 1,3 Millionen Menschen das Leben gekostet. "Nicht Mitleid, sondern Solidarität und Verständnis für die HIV-positiven Menschen, ist was zählt", erklärte Bayr. (Schluss) ar

Rückfragehinweis:

Pressedienst der SPÖ

Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS050 2005-12-06/09:46

060946 Dez 05